

# Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

"Volksrecht" erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: "Unterhaltung", "Rundfunk", "Literatur-Rundschau", "Für die Frauen", "Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen "Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Kurstraße 4/6, Matthesstraße 100, durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Erdrägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Erdrägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließliche Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang

Donnerstag, den 16. Juni 1932

Nr. 139

## Nazis und Kozis wollen Mordfreiheit Verurteilung des nationalsozialistischen Amnestiegesetzentwurfs im Landtag Alle Mörder sollen frei werden

Breslau, den 15. Juni 1932.

Bevor der Preussische Landtag in die Erledigung der Tagesordnung eintritt, bringt Abg. Kasper (Komm.) seinen Antrag seiner Fraktion ein, der die Staatsregierung auffordert, die Steuern der neuen Reichsnotverordnung und die Abgabe der Beamtengehälter in Preußen nicht durchzuführen. Er fordert die Staatsregierung auf, die Reichsregierung über die Abgabe der Beamtengehälter in Preußen nicht durchzuführen zu lassen und die Verwendung der dadurch freierwerdenden Mittel für die Erwerbslosenunterstützung. Die sofortige Behandlung des Antrages scheitert am Widerpruch der Reichsnationalen.

Die Beratungen werden zwecks Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten wiederholt, die in der letzten Sitzung des Landtages zur Unfähigkeit des Hauses geführt hatte. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung zu wirken, die Zahlungen aus dem Youngplan und aus dem Dawesplan und die Zahlungen aus der Dawesplan einzustellen, die Reichsnotverordnung aufzuheben und alle Fälle zu beseitigen. Es werden nur 205 Karten abgegeben. Das Haus ist also wiederum beschlussunfähig.

Präsident Kerpel beraumt auf sofort eine neue Sitzung des Reichs des Tagesordnungs an.

In dieser neuen Sitzung werden die Abstimmungen fortgesetzt. Es folgt damit die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Annullierung der Abfindungsverträge mit den Hohenzollern, insbesondere den Hohenzollern und Landesherren des Kronprinz und des Prinzen August Wilhelm von Preußen. Für die Ueberweisung des Antrages an die Reichsregierung stimmen nur Sozialdemokraten und Zentrum. Bei der Abstimmung über den Antrag selbst stimmen nur die Kommunisten für den Antrag. Der Antrag ist also abgelehnt.

Der kommunistische Antrag über ein Verbot des Eintrags der Polizei bei Streiks wird angenommen. Mit den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten findet der kommunistische Antrag auf Annullierung der Abfindungsverträge mit den Hohenzollern und Landesherren des Kronprinz und des Prinzen August Wilhelm von Preußen keine Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den weiteren Antrag der Kommunisten, der Landtag fordert den sofortigen Rücktritt der Reichsregierung, ergibt sich erneut die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 177 Karten abgegeben wurden.

In der auf sofort anberaumten neuen Sitzung wird mit 241 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der Antrag angenommen, die Vorgänge beim Aufzug der Skagerraklinie der Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski zu untersuchen, den Polizeikommandeur Seidensberg vor ein Disziplinargericht zu stellen, sowie die übrigen Offiziere ihres Dienstes zu entheben. Vorher war eine Mehrheit aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum die Bestimmung des Antrages, daß auch die schuldigen Offiziere ihres Dienstes enthoben werden sollten, gestrichen worden.

Über den nationalsozialistischen Antrag auf Verurteilung der Anklage gegen die preussischen Staatsminister, die der SPD, und der Deutschen Nationalpartei angehören, vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Für die Annahme des Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es werden aber 399 gültige Stimmen, davon 195 für den Antrag, abgegeben. Die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des vom Reichsgericht beschlossenen Amnestiegesetzentwurfs, der wesentlich auf einen nationalsozialistischen Antrag zurückgeht. Justizminister Dr. Schmidt: In erster Linie muß ich einmündlich warnen vor einer allzu weitgehenden Ausdehnung der Amnestie. Die bisherigen Amnestiegesetze des Reiches und Preußens haben bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Mord und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien begangen worden sind. Die Amnestiegesetze des Reiches und Preußens haben bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Mord und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien begangen worden sind. Die Amnestiegesetze des Reiches und Preußens haben bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Mord und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien begangen worden sind.

Wenn im laufenden Jahre seien mindestens 40 schwere Straftaten dieser Art zur Kenntnis des Justizministeriums gelangt.

Keine dieser Zahlen dürfte der erste Zweifel erlaubt sein, daß die Amnestiegesetze des Reiches und Preußens bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Mord und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien begangen worden sind.

Ungehens des Staates zu dienen. Ich kann die ernste Sache nicht unterdrücken,

daß die Amnestierung der Tötungsdelikte Hemmungen ausschalten muß, die in einer Zeit, in der die Achtung der Würde des Lebens des politischen Geistes in bedauerlichster Weise zurückgegangen sind und geradezu einen Anreiz für die Begehung weiterer gleichartiger Straftaten bilden kann.

Insgesamt würden unter das Amnestiegesetz in seiner gegenwärtigen Form annähernd 39 000 Personen fallen. Unter diesen Verurteilten oder Beschuldigten befinden sich, was ich besonders hervorheben will, 525 Personen, die wegen Mordes oder Totschlags verurteilt sind oder verfolgt werden (lebhaftes Hört! Hört! im Zentrum und bei den Sozialen), ferner 79 Personen, die wegen schwerer Körperverletzung, und 15 Personen, die wegen schweren Raubes strafbar gemacht haben. Rechnet man diese Zahlen auf, so ergibt sich, daß 619 Personen, denen besonders schwere Verbrechen zur Last gelegt sind, und bei denen, soweit sie rechtskräftig verurteilt sind, die erkannten Strafen nach den mir zugegangenen Meldungen zum Teil mehrere Jahre Gefängnis oder Zuchthaus von zwei bis zwölf Jahren betragen, unter den Straferlassenen würden. Der Minister bittet um Annahme des Zentrumsantrages, der vor schlägt, wenigstens die Verbrechen

gegen das Leben und die schweren Körperverletzungen nicht zu amnestieren.

Ob das Gesetz zustandekomme, wann es in Kraft trete, lasse sich heute noch nicht sagen. Wenn der Landtag es in dritter Lesung beschließt, dürfte das Staatsministerium es noch nicht gleich verkünden. Dann müsse erst der Staatsrat gehört werden, der das Recht des Einspruchs habe. Erst wenn der Staatsrat von diesem Recht keinen Gebrauch mache, sei der Entwurf Gesetz. Erst dann könne die Regierung die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft trete. Zwischen der Schlussabstimmung im Landtag und dem endgültigen Inkrafttreten, das gegebenenfalls noch von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Landtages abhängt, lägen hiernach zwei bis drei Wochen. Für diesen ganzen Zeitraum wolle aber der Entwurf in der jetzigen Fassung Straffreiheit gewähren für alle Straftaten aus politischen Beweggründen, sogar für Verbrechen gegen das Leben.

Danach würde also ein Zeitraum geschaffen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, in dem aus politischen Beweggründen Verbrechen gegen das Leben begangen werden könnten, ohne daß Täter eine Bestrafung zu befürchten hätte.

Er wolle nur darauf hinweisen, daß diese Zeit, in der der Entwurf im voraus Straffreiheit für Verbrechen gegen das Leben zuließe, zusammenfalle mit der Vorbereitung der Reichstagswahl, also einer Zeit höchster politischer Erregung. Der Minister bittet daher, die Praxis aller bisherigen Amnestiegesetze zu beachten und einen Sichtungstag, z. B. den Tag der Schlussabstimmung im Landtag einzusetzen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungs-Parteien.)

Abg. Ruhe (Nat.-Soz.) erklärt: Die Bedenken des Justizministers gegen die Amnestie sind nicht stichhaltig.

## Unser Freiheitsopfer!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands rüstet zur größten aller Wahlschlachten. Kampfesmutig und entschlossen nimmt sie den Entscheidungskampf mit der Reaktion auf; nicht ermüdet, nicht entmutigt durch die schon hinter uns liegenden großen Kämpfe dieses Jahres.

Allen Entbehrungen, aller Not und allem Terror zum Trotz harren die Massen, die dem Banner der deutschen Sozialdemokratie folgen, erneut in eiserner Front der schweren Aufgabe, vor welche die Auflösung des Reichstags sie stellt. Der Kampf erfordert nicht nur die Einsetzung aller Kräfte, er kostet auch Geld, viel Geld! Darum rufen wir allen Anhängern zu:

## Bringt das Freiheitsopfer!



Niemand vergesse, daß dieser Kampf über sein eigenes Dasein und die Zukunft des ganzen schaffenden Volkes entscheidet! Niemand verfehle, das gigantische Ringen des werktätigen Volkes für Freiheit, Menschenrecht und menschenwürdiges Dasein zu unterstützen. Zum Kriegführen gehört Geld! Schafft Munition herbei! Es werden

## Marken für 15 Pfennige und 50 Pfennige

ausgegeben, deren Erwerb Ehrensache aller Gesinnungsfreunde ist.

Wer nur wenig geben kann, gibt wenig, wer mehr hat, muß mehr opfern! Durch Erwerb und Besitz von Freiheitsmarken bezeugt jeder seine Verbundenheit mit der in heißester Wahlschlacht stehenden Partei des arbeitenden Volkes.

Drei Pfeile auf den Marken des Freiheitsopfers sind das Symbol aller Freiheitskämpfer.

Drei Pfeile fliegen dem Feind entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.

Drei Pfeile sind Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. In ihren Zeichen kämpfen die Massen.

Drei Pfeile sind das Symbol der Kampfontschlossenheit, der Treue und des Glaubens an den Sieg.

Liefert der Welt den überwältigenden Beweis, daß die deutschen klassenbewußten Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre große Sache zu kämpfen und zu opfern wissen. „Freiheit!“ ist der Kampfruf! Vorwärts im Zeichen der drei Pfeile! Durch Kampf zum Sieg!

## Opfert auf dem Altar der Freiheit



# Aufhebung des S.M.-Verbots unterzeichnet

## Das ist der Preis für die Duldung der Hungernotverordnung durch die Nazis - Gefährliche Entrechtung der Länder - Noch weitere Beschränkung der Pressefreiheit

Der Reichspräsident hat am Mittwoch die sogenannte Notverordnung unterschrieben, die die Aufhebung des S.M.-Verbots enthält, unterzeichnet. Es läßt sich vor- sagen, daß es über dieser Notverordnung noch zu weiteren Maßnahmen mit den Ländern kommen wird, die, wie Bayern, am Montagverbot festhalten.

Die Notverordnung soll am Freitag, den 17. Juni in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt ab wird also die Bürgerkriegs- gesetzgebung des Herrn Hitler, die S.M. und die S.G., ihre Uniformen spazieren führen. Zwischen diesen neuen Gesetzen und der Hungernotverordnung gegen das S.M.-Verbot besteht ein enger Zusammenhang. Die Aufhebung des S.M.-Verbots ist der Preis, den die Nationalsozialisten für die Unterzeichnung des Rabinetts der Barone gezahlt wird.

Der Inhalt jedes uniformierten Hiltersmannes wird in der von der Notverordnung betroffenen ist, die Erinnerung daran zu wecken, daß diese Leute verantwortlich sind für die Hungernotverordnung.

Wenn die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler sich in ihren Notverordnungsfällen auf den Straßen spreizt, wird jeder wissen: Wenn die S.M. marschieren, muß das Volk weichen!

Die für heute zu erwartende Veröffentlichung der zweiten Notverordnung politischen Notverordnung jener Regierung, die bei ihrem Regierungsantritt verkündet hat, daß sie ohne Notverordnungen zu regieren gedenkt, umfaßt die Aufhebung des S.M.- und des S.G.-Verbots, die Neuregelung der Presse- und Versammlungs- und Demonstrationen.

In der Verordnung wird nicht generell von militärischen Verbänden gesprochen, wie es in dem S.M.-Verbot geschah, sondern von Verbänden, die in geschlossener Ordnung auftreten. Solche Verbände sind verpflichtet, ihre Säuglinge auf Verlangen dem Kommandanten mitzugeben und sich Anordnungen des Kommandanten zu fügen. Der Reichsinnenminister erhält durch die Verordnung zugleich die Ermächtigung, einzugreifen, sobald sich Unruhestiftungen herausstellen. Auf Befehl werden hin kann in einzelnen Teilen des Reiches eingegriffen werden. Sonderregelungen treffen. Darin liegt indirekt die Bestimmung, daß nicht die Landesregierungen direkt bei dem Reichsinnenminister eingreifen, sondern daß sie sich vorher an den Reichsinnenminister wenden müssen, der dann die Anordnungen trifft. Von besonderer politischer Bedeutung ist es weiterhin, daß von der für die Verbände aller Parteien geltenden Regelung die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen werden, ebenso wie sie auch von der Benutzung des Rundfunks im Wahlkampf ausgeschlossen bleiben.

Die Hauptstrafe bei Verstößen gegen die Verordnung ist die Verhaftung von Verbänden. Die Strafbestimmungen sind überaus wie bei allen Punkten, die die neue Notverordnung enthält, erheblich verschärft worden. Das gilt zugleich für die Bestimmungen für Versammlungen und Demonstrationen. Der Reichsinnenminister der Nazibarone erhält die Befugnis, eine Pflicht zur polizeilichen Anwesenheit von Versammlungen für einzelne Reichsteile anzuordnen. Er kann bestimmen, daß in bestimmten Reichsteilen Versammlungen verboten oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden. Bei Robeits- strafen und bei Waffenmißbrauch treten besonders schwere Strafen in Geltung.

Flugblätter und Plakate sind, solange sich nicht Unruhestiftungen herausstellen, die ein Eingreifen erforderlich machen, vorläufig von Zensurvorrichtungen befreit. Eine Forderung, die von den Nazis gestellt worden war und von der Regierung der Nazibarone ebenso prompt erfüllt wurde wie die Forderung nach Aufhebung des S.M.-Verbotes. Dagegen können Zeitungen und Zeitschriften künftig nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch bei Gefährdung „lebenswichtiger Staatsinteressen“ verboten werden. Diese Klausur-Bestimmung öffnet der Willkür Tür und Tor. Unter „lebenswichtigen Staatsinteressen“ kann man schließlich alles verstehen. Die Folge dieser Bestimmung wird sein, daß zunächst ein großer Teil der kommunistischen Presse

verboten wird, während die Nazipresse ihre Gemeinheiten in ver- größter Form auf das Volk loslassen darf und wird. In seiner heutigen Morgenausgabe wirft der „Vorwärts“ die Frage auf, wer die S.M., die ab Freitag wieder gestattet ist, finanziert. Das Blatt schreibt: „Man spekuliert in den Kreisen, deren Sprachrohr die all- deutsche „Deutsche Zeitung“ ist, auf eine braune Welle, die als „Arbeitsdienstpflicht“ getarnt werden soll. Die Offenti- lichkeit hat ein Recht zu fragen, was die betreffenden Kreise zu solchen Hoffnungen und Erwartungen berechtigt. Da die Arbeits- dienstpflicht zukunftsweisend ist, besteht die Möglichkeit, daß die S.M. zum freiwilligen Arbeitsdienst komman- diert wird. Im freiwilligen Arbeitsdienst ist vorgesehen, daß die Behörden nicht nur für den Unterhalt, sondern auch für die Kleidung der Arbeitsdienstleistenden aufkommen. Wir stellen also die einseitige Frage: „Soll jetzt mit staatlichen Mitteln, die für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeworfen sind, die Privat- armee des Herrn Hitler besoldet und neu eingeleitet werden? Dies würde eine Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Propaganda durch den Staat bedeuten.“ 30 Tage nach dem 31. Juli muß der neue Reichstag zu- sammentreten. Bleiben die von uns aufgeworfenen Fragen un- geklärt, so können sie im Reichstag oder einem Unter- suchungsausschuß in vollster Öffentlichkeit be- handelt und geklärt werden. Die Frist, die das Kabinett der Barone mit der Reichstagsauflösung sich verschafft hat, ist nicht lang.“

# Die Gewerkschaften gegen die Notverordnung Sie sagen dem Reichsarbeitsminister gründlich Bescheid

Der neue Reichsarbeitsminister Schäffer hatte die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung am 15. Juni ein- geladen. Der Reichsarbeitsminister betonte einleitend sein Ver- dürfnis zur sofortigen und dauernden Fühlungnahme mit den Gewerkschaften. Er könne heute noch kein in die Einzelheiten gehendes Programm vorlegen, möchte jedoch die Wünsche der Gewerkschaften entgegennehmen. Er stellte sich grundsätzlich auf den Boden des geltenden Arbeitsrechts, das die Anerkennung der Gewerkschaften und deren gleichberechtigte Mitwirkung in sich schließt. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollen er- halten bleiben, doch müsse der Staat die Lohnregelung mehr als bisher den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern über- lassen; die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter könne nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Grenzen durch die allgemeine Wirtschaftslage eng gezogen. Er habe einen noch maligen Lohnabbau nicht für trag- bar, und es müsse bei Meinungsverschiedenheiten geprüft werden, ob durch weitere Opfer der Lohn- und Gehaltsempfänger die Vermehrung der Arbeitslosigkeit vermindert werden könne. Die Verkürzung der Arbeitszeit solle durch paritätische Kom- missionen begründet behandelt werden. Um die Arbeitslosen- unterstützung sicherzustellen, sei die Kürzung der Sätze not- wendig geworden. Der Grundgedanke der Versicherung sei erhalten geblieben. (Widerpruch.) Der freiwillige Arbeitsdienst für die Jugendlichen soll ausgebaut werden. Zur Sanierung der Inva- lidenversicherung sei die Kürzung der Renten notwendig ge- worden. An der Deckung des Fehlbetrages in der Knappschaft habe sich das Reich trotz seiner Finanzschwierigkeiten beteiligt. Der Minister bespricht dann die Kürzung in der Unfallver- sicherung und die Gesamthaltung der Versicherungsträger, wie sie in der Notverordnung vorgesehen ist. Die Gerüchte über eine Zerklüftung des Reichsarbeits- ministeriums seien unbegründet.

Leipart (ADGB) führt aus, daß die Sozialpolitik im Augenblick notwendiger denn je geworden sei. Die Erklärung des Reichskabinetts, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein dürfe, werde als eine Her- ausforderung der Arbeiter und Angestellten empfunden. Das Versicherungsprinzip sei durch die Notverordnung aufs schwerste erschüttert worden. Diese Notverordnung habe mit sozialer Gerechtigkeit nicht mehr das Mindeste zu tun. Er fragt, ob etwa bei den Andeutungen weiteren Lohnabbaues die gedrückten Löhne der Bauarbeiter noch weiter gesenkt werden sollen? Die Einrichtung paritätischer Kom- missionen zur Herbeiführung der Bierzig- stundenwoche könne kaum ernst genommen werden. Nur die generelle gekündigte Einführung der Bierzigstundensche- tan die Möglichkeit von Neueinstellungen eröffnen. Der Ernst der Lage werde auch von den Gewerkschaften durchaus gesehen. Die in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen müßten jedoch die Lage noch weiter verschlimmern; die freien Ge- werkschaften lehnten jede Verantwortung für die Folgen ab, die sich aus dieser Notverordnung ergeben müßten. Segerwald (Christl. Gewerkschaften): Die Notverord- nung sei eine einseitige Benachteiligung der Arbeitnehmer. Die ausnahmsweise Anwendung der Verbindlichkeitsklärung laße befürchten, daß die neue Regierung nur dann eingreifen werde, wenn es im Interesse der Unternehmer liegt. Aufhäuser (Wfa-Bund) erklärt, daß die Anerkennung der Gewerkschaften nicht darin bestehen könne, sie nach dem Erlaß solcher unerhörter Notverordnungen nachträglich zu hören. Der Sozialabbau in der neuen Notverordnung hat alle Grenzen des Erträglichen überschritten und ist ein einziger Angriff auf die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten. Bei der dauernden Inwertierung der Arbeitslosenunterstützungs- läge seien die heutigen hohen Beträge nicht mehr zu halten. Wie werden den kollektiven Willen der Mitgliedschaften wecken, um diese neue Notverordnung zu beseitigen. Der soziale Abbau und Lohnabbau muß zur weiteren Verschärfung der Krise führen; zur Erhaltung der Sozialpolitik gibt es nur einen Ausweg: näm- lich, daß der Staat Einfluß und Führung und Verfügungsgewalt über die Wirtschaft gewinnt. Demmer (Gewerkschaftsring) weist darauf hin, daß die Mit- teilungen über die Zerklüftung des Reichsarbeitsministeriums auf amtliche Pressekonferenzen zurückzuführen sind. Es sei be- sonders mißlich, daß die Arbeitsbeschaffung, für die die Regierung Brüning bereits eine Vorlage vorbereitet hatte, in der neuen Notverordnung völlig vernachlässigt wird. Die Regierung sollte beachten, daß die Arbeiter- und Angestellten- Verbände aller Richtungen in der Verurteilung des neuen Parla- mentes und der Ablehnung der Notverordnung völlig einmütig seien. Eggert (ADGB): Die Einschränkung des staat- lichen Schlichtungswesens und der dadurch zu er- wartende Lohnabbau lagen keineswegs im Gemeinwohl, sondern bedeuten Stärkung der Unternehmervillkür. Es käme alles darauf an, durch Arbeitsbeschaffung die sechs Millionen Erwerbslose wieder einzuschalten. In den durch die Not- verordnung herausbeschworenen Kämpfen werden die Gewerk- schaften dabei sein. Meißner (Christl. Gewerkschaft): Das Wort von der Wohlfahrtsanstalt habe geradezu aufreizend gewirkt. Zel, Meines (Christl. Gewerkschaft): Die Reichsregierung nehme den Angestellten und Arbeitern in dieser Notverordnung ihre wohlverdienten Versicherungsleistungen, treibe sie also ge- radezu in die Arme der öffentlichen Wohlfahrt, um gleichzeitig in der Regierungserklärung von Wohlfahrtsanstalt zu reden. Der Minister verwies gegenüber der geübten Kritik auf die ungenügende wirtschaftliche Lage; die Not- verordnung sei daraus zu erklären, daß keine anderen finanziellen Möglichkeiten zur Sanierung gegeben wären. Das Wort von der Wohlfahrtsanstalt müsse so aufgefaßt werden, daß die Regierung den Willen zur Selbstverantwortung wecken wolle. Der Reichsarbeitsminister wiederholte nochmals, daß sich an dem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften nichts ändern solle. Ohne die sozialen Einrichtungen Deutschlands und ohne die Gewerkschaften wäre auch die wirtschaftliche Entwicklung des Aufstieges in den zurückliegenden Jahren nicht denkbar gewesen.

# Eine für die Nazis sehr peinliche Anfrage Werden die Nazis ihre Versprechungen wahrnehmen? Anfragen an die Inhalter Naziregierung

Im anhaltischen Landtag hat die Sozialdemo- kratische Fraktion aus Anlaß der Stilllegung eines der größten Dessauer Betriebe eine Anfrage an die Naziregierung eingebracht, deren Beantwortung von allgemeiner Interesse ist. Die sozialdemokratische Fraktion fragt die nationalsozialistische Regierung, was sie zu tun beabsichtigt, um die 1400 betroffenen Arbeiter und Angestellten der Dessauer Zuckerraffinerie vor dem Schicksal arbeitsloser Arbeitslosigkeit zu bewahren und den Punkt 13 des national- sozialistischen Parteiprogramms zu wahren. Die sozialdemo- kratische Fraktion macht in der Begründung darauf aufmerksam, daß der Naziministerpräsident Dr. Freyberg bei Antritt seines Amtes erklärt habe, er sei nicht von anhaltischen Landtage, sondern von seinem Parteiführer Adolf Hitler eingesetzt. Man dürfe wohl dann von ihm erwarten, daß er entsprechend

dem Programm Hitlers regiere. Punkt 13 dieses Programms aber fordere, daß alle bereits vergesell- schafteten Zuckerraffinerien verstaatlicht werden sollen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Anhalt macht darauf aufmerksam, daß die Dessauer Zuckerraffi- nerie als Teil eines großen Konzerns ein verstaatlichter Betrieb sei. Da es diesem Konzern finanziell glänzend geht (er hat im vergangenen Jahre seine Dividende auf 8 Prozent erhöht und außerordentliche Rücklagen machen können), kenne die Still- legung eine Verletzung des nationalsozialistischen Grundgedan- kes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Die sozialdemokratische Fraktion frage daher die Staats- regierung, wann sie im Interesse der Allgemeinheit in Verfolg des nationalsozialistischen Parteiprogramms mit der Verstaat- lichung der verstaatlichten Betriebe beginnen wolle.

# Nazipräsident verlegt die Verfassung Scharfer Protest des Landtagsyndikus, eines rechtsstehenden Beamten

Braunschweig, 15. Juni (Eigener Drahtbericht). Am 18. Mai verließ die sozialdemokratische Fraktion des braunschweigischen Landtages das Parlament, weil sie sich mit dem ausgeschlossenen Abgeordneten Diekmann solidarisch erklären wollte. Es blieb nur ein Hoch- zeug zurück, der die Beschlussfähigkeit des Hauses gewährleistete. 21 Abgeordnete müssen vorhanden sein, wenn das Parlament beschlussfähig sein soll. 26 Abgeordnete aber waren anwesend. Der nationalsozialistische Präsident setzte trotzdem die Beratung fort und erledigte die ganze Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Der Rechtsbeistand des Land- tages, Landtagsyndikus Klau, ein rechtsstehender Beamter, hat nun ein Rechtsgutachten ausgearbeitet, in dem er der Landtag damals nicht beschlussfähig war. Der Landtagsyndikus hat nämlich den Anzeiger mitgeteilt, obgleich dieser nicht an der Sitzung teilgenommen hatte. Die Verteilung des Rechtsgutachtens an die Mitglieder des Landtages hat der Präsident zu verhindern versucht. Gegen die Einschränkung setzte sich der Landtagsyndikus in der Plenarsitzung mit folgenden Worten zur Wehr: „Ich bin jetzt 24 Jahre im Landtag. Bei Ueber- nahme meines Amtes ist mir vom damaligen Präsidenten und meinem Vorgänger als meine heiligste Pflicht angetragen worden, die Verfassung zu schützen gegenüber der Regierung,

zugunsten des Parlaments. Es ist auch niemals versucht worden, meine Arbeit oder die Verfassung an- zutasten. Ich habe viele Präsidenten kennengelernt, darunter auch Sozialdemokraten, denen meine Weltanschauung völlig ent- gegengesetzt war. Niemals aber bin ich daran gehindert worden, meine Meinung zu sagen. Der Präsident scheint bezüglich meiner Stellung völlig im Unklaren zu sein. Der Ministerialrat muß partieren, und wenn er nicht partiert, dann fliegt er.“ Ich habe hier eine richterliche Stellung. Der Präsident kann mir noch nicht einmal eine Rüge erteilen. Ich würde sofort an das Gericht appellieren. Der gegenwärtige Präsident ist der erste, der mich in meiner Arbeit zu behindern suchte. Keiner der sozialdemokratischen Präsidenten hat mich je so behindern wollen. So lange ich im Amte bleibe, will ich meine verfassungsmäßigen Rechte wahren. Ich sage Ihnen als Jurist, daß ich davon über- zeugt bin, daß der Landtag nicht beschlussfähig war. Aus diesem Grund dürfte es sich empfehlen, die anstehenden Beschlüsse des Landtags vom 18. Mai durch zweifelsfrei gültige Beschlüsse des Landtags nachträglich zu betätigen. Wenn der Landtag die Tagesordnungspunkte nicht noch einmal erledigt, die der halbe Landtag am 18. Mai erledigt hatte, wird die Sozialdemokratie den Staatsgerichtshof anrufen.

# In Frankreich Aufbau der Erwerbslosenhilfe

In Deutschland Abbau Paris, 16. Juni. (Eigener Funterbericht.) Frankreichs Arbeitsminister Dalimier hat einer Abordnung der sozialistischen Kammer- fraktion am Mittwoch erklärt, daß die von der Regierung versprochene Abschaffung der Sechsmonatsgrenze für die Auszahlung der Arbeitslosenunter- stützung durch eine in der nächsten Woche im „Journal“ offiziell erscheinende Verordnung in Kraft gesetzt werden würde. Die Arbeitslosenunterstützung wird also künftig so lange gezahlt werden, bis die Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung gefunden haben. Außerdem hat der Minister er- klärt, er habe den Justizminister um Einstellung der Verurteilungen gegen arbeitslose Mieter wegen Nichtzahlung ihrer Mieten eingeleitet worden sind.

# Johannisfest

gegenüber der Jahreshalle

Täglich große Sportkämpfe \* Supra's neuartige Schaustellungen

Heute Donnerstag:

## Großer Elitetag

5 Uhr: Freiballonaufstieg der Luftakrobatin **Olivia Wilson**.  
5,30 Uhr: Motorrad-Fußballspiel. Motorsport-Klub Breslau 1920 gegen Motorrad-Klub Herrnsfeldt (je 6 Mann), außerdem 2 Fuchsjagden.  
9,30 Uhr: **Größtes Riesen-Prachtfenerwerk.**

Morgen Freitag:

8 Uhr: Vorführung von Polizei- u. Schutzhunden des Süddeutschen Boxer-Klub.

Eintrittspreise: Elite- und Sonntage 30 Pf., Kinder 20 Pf., wochentags 20 Pf., Kinder 10 Pf.; Dauerkarten für 2 W. sind bei Barasch, Wertheim, Hainauer und Hoppe erhältlich; desgl. Tageskarten für Erwachsene und Kinder. 1933

Lesen Sie die „Johannisfest-Zeitung“ :: Preisanschreiben :: 435 Bargeld- und Wertgewinne.

### STADTTHEATER

Donnerstag, 20 bis gegen 23 **Schwarzwaldmädel**  
Freitag, 20 bis 23 **Die Zauberflöte**  
Sonabend, 20 bis 22.30 **Elbomnents-Posse** G 18  
**Ziefand**

### Parteilreunde

kauft an Bahnhöfen, wartet in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

### Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher **Der proletarische Stoß**  
In jeder Bahn die **Volkswacht** & **Ziefand** u. **Neue Arbeiterzeitung**  
**Berichte**  
Gehr. Hebelhäute verkauft **Grandke**, Freiburg, Str. 25

## WAPPENHOF

Heute, Donnerstag, 4.30, 8.30 Uhr das 2. Juni-Programm  
**3 für Breslau vollständig neue Attraktionen!**  
3 Takahashi, japanischer Balaceakt  
Schäfers Dressur-Universalakt mit Coty, dem rechnenden Hund  
3 Baldors, Komödianten und Parodisten  
V. and F. Browning, in ihrer Szene: „Ein Fahrradakt und seine Folgen“  
Fritz Sylvaré, der Unverwundliche  
Fred Kaiser, der Humorist mit neuen Vorträgen: „Der Tisch ist gedockt“, Meisterburleske v. Fred Kaiser  
Bei schöner Witterung im Garten:  
Ab 8 Uhr: **BALL** 2 Kapellen  
8.30 Uhr **Das ungekürzte Spezialitäten-Programm**  
Nachmittag 25, abends 50 Pf. — Morgen Freitag: **Gemeindefest von St. Bernhardin** Piarbezirk D  
Voranzeige: Sonnabend, ab 9 Uhr: **Sommer Bühnenmänner-Gesangsverein** Gesangsvorträge Leitung Dirigent Hermann Bahr  
Das neue Varietéprogramm. Anschließend: **BALL**

## Kauf Fahrradhaus Sieg

nur im 1790  
**Fahrradhaus Sieg**  
Neumarkt 19, neben Barasch **Sieg ist billig!**  
Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittreife kompl. ab 5.95, Rotax-Rennabe ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, Rennr. gemulkt 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50  
Genossen erhalten 5% Rabatt!

## Heute 20 Uhr Südpark-Konzert

Eintritt RM. 0.50

## Krähe-Stühl Neumarkt 35

Der Brauerei-Ausschank der gutgepflegten und billigen Biere  
6/20 18 Pf., 10/20 30 Pf.

## Bettfedern kaufen Vertrauenssache

streng reell u. preiswert in der Böhmisches Bettfedern-Niederlage **Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg. Kein Laden!** 9551

## Geben Sie Geld?

mit 1. 2. Sup. Betriebsg. u. 7. Kopien. Aust. durch **Otto Lange**, Breslau 2 Palmstraße 27. Anfr. Rückp.

Speisezimmer Tisch mit Stuhl, vollst. komplett, 485 RM. **S. Brandt & Co.**, Gartenstraße 65, I. (neben Capitol).

## BITTE

bei allen Einkäufen stets die Inserates unserer Zeitung zu berücksichtigen

## Elegante Küche mit Aufsicht, 6teilig, 185.— RM.

**S. Brandt & Co.**, Gartenstraße 65, I. (neben Capitol).

## Wohnungen

Älterer Mann vermietet möbliertes Zimmer an alleinlebende Frau für 10 M. monatlich. Offerten unter B. 86 an die Volkswacht, Flurstraße 4, erbeten

## Arbeitsmarkt

**Junges Mädchen** sucht Stellung im Haushalt, a. als Tagelöhnerin. Näheres, Alexstraße 11, 3. Etage.

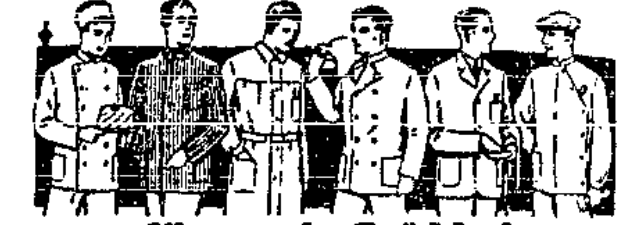
## Kleine Anzeigen

And. kompr. geles. einsp. angelegte Anzeigen von Verlobten. Kaufgeboten u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfennig. — Setz 4 Pfennig.

## Zu verkaufen: 1 Gebett Bett, 1 Milchbadelofen, 1 Bordbrett und anderes mehr. Polage, Herboldstr. 92, II.

Gute Nähmaschine, Rund- oder Schwingstuhl zu kaufen gesucht. Neue Graupenstr. 14, 2. Etage, Fränkel.

## Berufs-Kleidung aller Art, nur in Qualität!



für wenig Geld bei **Hester-Sport- u. Berufs-Kleidung** **Oskar Dehmel** Breslau I Neumarkt 45

## Steuerberatung Rechtsbelehrung

**Wirtschaftliche Kurzbrieft** über Steuer-, Verkehrs-, Wirtschafts- und andere Angelegenheiten. Fordern Sie kostenloses Probeabonnent

3 Wochen gratis die „WK“ gratis diesen Gutschein

**Rudolf Lorentz Verlag** Charlottenburg 2

## Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aftenmaterial und die Handbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf. **Volkswacht - Buchhandlung.**

# Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

## Jedermann bringen was jedermann braucht zu jedermanns Preisen!

Wer mit **Tietz** rechnet kann sich mehr leisten!

## Glas- u. Gebäude-Reinigungs-Institut „MERKUR“

übernimmt alle Fensterreinigungsarbeiten, Fenster- und Fassaden-Waschen, Parkett- und Linoleum-Reinigung. **J. Gierth**, Breslau, Ursulinerstr. 10 **Telefon 53 831**

## BLUMENSCHULZ

Tel. 2948 **Robert Schulz**, Breslau 2 Tel. 29486 **Atelier für moderne Blumenbinderei** Gartenstraße 98, gegenüber Hauptbahnhof

## Warum sind über 88 000 Haushaltungen Mitglied im Breslauer Consum-Verein?

## Warum vergrößert sich der Mitgliederkreis nachweislich von Monat zu Monat?

## Weil der Breslauer Consum-Verein keine Erwerbs-gesellschaft, sondern eine Konsumgenossenschaft ist, alle Vorteile und Ersparnisse am Jahreschluss satzungsgemäß seinen Mitgliedern zugute kommen lassen muß.

## Rückgewähr - Auszahlung 1931 Mark 1 621 856,55

## weil trotz großer Ersparnisse alle Waren in jeder Beziehung preiswert und von erster Beschaffenheit sind.

## Weil im Breslauer Consum-Verein jedes Mitglied an allen technischen Errungenschaften und am Gesamtbesitz beteiligt ist.

Durch seine großen Steuerleistungen dient der Breslauer Consum-Verein dem Staat und vollbringt trotzdem noch Großes an seinen Mitgliedern. Warum zögern Sie noch? Werden Sie Mitglied im **Breslauer Consum-Verein**

## Sanitätshaus Franz Maase

Klosterstraße 30/32  
Lieferant sämtl. Krankenkassen für Bandagen, orthopädische Apparate und sämtl. Krankenpflege-Artikel  
Fernruf 298 20

## Wo bleibt Ihr Name?

Diese Frage müssen unsere Leserinnen und Leser unter Hinweis auf den „Wegweiser“ an die Geschäftsinhaber richten, bei denen sie ihren Bedarf decken  
Wer auf Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Kundschaft rechnet, wird dies hier auch zum Ausdruck bringen und sich wegen Aufnahme seiner Firma in das Verzeichnis an die Anzeigenabtlg. der Volkswacht (Telephon 217 37) wenden.

## Brillen • Kneller

in jeder Ausführung erhalten Sie bei **Optiker Artur Schwanzer** 26 Klosterstraße 26 Krankenkassen-Lieferant

## Hüte - Mützen Herren-Artikel

Sie finden alles — nur bei **Felix Eckert** Klosterstr. 45 am Marktplatz Besichtigen Sie, bitte, meine Auslagen!

## Alle Druckarbeiten erledigt gut und preiswert

## Druckerei Volkswacht

Breslau, Flurstraße 4

## Musikinstrumente

nur von **Friedrich Gessner** Breslau I Waldenstraße 20

## billige Gelegenheitskäufe

**Bäckerei und Konditorei Karl Pusch** Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122, Karłowitzmarkt 11

## Feine Fleisch- und Wurstwaren

bei **K. Klimpke**, Hirschstraße 70

## Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel

kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei **Nosler & Mocsner** Brüderstraße 38 Ecke Tauentzienstr.

## Paul Radolph

Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße **EBENA-Laden** Kolonialwaren Weine, Spirituosen

## Paul Gebauer

Posener Straße 27 / Filiale Frankfurter Straße 31 **Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee** (Eigene Rösterei)

## Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine

nur bei **Carl Jos. Kähler, Inh. O. Klein** da kaufen Sie **billig und gut** Friedrich-Wilhelm-Straße 28, Klosterstraße 47 Markstraße Gartenstraße, Stand 125/126 **Neumarktstraße 27**

## Central-Dampfmolkerei Bettlern

Hermann Walter  
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 89  
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

## Lade, Farben, Mädel

**H. Andrißchte** Feldstraße 50

Breslauer Nachrichten

Achtung, Freidenker!

Denkt auch an die Erziehung eurer Kinder! Die Erfolge einer politischen Umwälzung sind nur dann...

Teilnahme an Schulverfassungsfeiern

ist für Schüler grundsätzlich verpflichtend Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt...

Gasflüchtlendiebstahl

In der Nacht zum 15. Juni wurde eine Gasdielen in der...

Verbundenheit mit deinen eigenen Unternehmungen

Sine alltägliche Mahnung, die aber leider nicht genug oft erhoben werden kann

Dem Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gewerkschafts- und Volkshäuser...

Verbundenheit

Die meisten Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterschaft werden den Jahresabschluss von 1931 veröffentlicht haben...

Damit kein Mißverständnis entsteht: wir sind nicht der Meinung, daß diese Genossen nun Abend für Abend in der Gaststube...

In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau Nr. 16 steht ein sehr beachtenswerter Artikel „Gewerkschafts-genossenschaftliche Verbundenheit“...

Wir unterstreichen jedes Wort dieses Artikels. Nur darf man nicht auf halbem Wege halt machen. Auch die Genossenschaftsverwaltungen sollten sich erinnern...

Würde jeder Arbeiter seinen Bedarf nur in seinen Unternehmungen decken, die Lebensmittel und Konsumartikel in der Genossenschaft kaufen...

Achtung bei Sammellisten der Kinderfreunde

Von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde werden wir gebeten, unsere Genossen darauf aufmerksam zu machen...

Haftbefehl gegen Standa-Blatt-Redakteur

Gegen den Redakteur der „Freiheit“, einer Breslauer Wochenzeitung, Alfons Pilaritzky, war bereits vor einiger Zeit eine Verhandlung wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht...

27 000 Mark für ein vergessenes Wort

Das Reichsgericht verurteilte in einem Prozeß, der erst durch die Breslauer Gerichte gegangen war, den preussischen Staat zur Zahlung von 27 000 Mark Schadenersatz...

Mitgliederversammlung der SPD. Groß-Breslau

Freitag, den 17. Juni, abends 19,30 Uhr, Mitgliederversammlung des Ortsvereins Groß-Breslau der Sozialdemokratischen Partei im großen Schießwendersaal...

ein Breslauer Polizeibeamter das Wortlein „nachmittags“. Hieraus entstanden bei der Erteilung eines Erbscheins Verzögerungen...

Verkehrsunfall

Gestern gegen 16,30 Uhr fuhr der Kraftwagenführer Paul G. aus Breslau auf seinem Goliathlieferwagen von der Königsbrücke nach Richtung Wilhelmstraße...

Festgenommene Geschäftseinbrecher

Durch die Aufmerksamkeit eines Wach- und Schließbeamten konnte der wegen Diebstahl vorbehaftete Osenjehner Paul F. 30 Jahre alt, aus Breslau, mit Hilfe der Polizei festgenommen werden...

Bücherkreis

Die Bücher des Bücherkreises für das 2. Vierteljahr 1932 sind angekommen und mit den Festen für das 3. Quartal in der Volkswacht-Buchhandlung, Flurstraße 4, zu haben...

Advertisement for CLUB 31 cigarettes. Text: 'aber die 2 1/2 Zigarette darf nur 1 gr. wiegen, während die 31 Pfg.-Zigarette 1,25 gr. wiegen...' Includes a scale image.





Abbau der Sozialversicherung

Die Nazis enthüllen ihre wahren Absichten

Der nationalsozialistische "Angriff" erschien am Montag mit großen Schlagzeilen: "Sanierung der Sozialversicherung..."

Das nationalsozialistische Blatt will als Pflicht des neuen Reichsarbeitsministers Schaeffer erfahren haben, daß er etwa ein Drittel des Verwaltungsapparates einzuparen wolle.

Wenn es nach den Plänen der von den Nationalsozialisten unterstützten Reaktion geht, werden ja auch bald die Arbeitsämter überflüssig sein.

Angestellten, die sie ausschalten, überflüssig. Jeder Arbeiter aber, der Stundenlang auf die ihm zuzurechnenden Leistungen warten muß...

Nach der Logik des nationalsozialistischen Blattes sind schließlich alle Beamten in jeder Verwaltung Vrüundenhaber, die Schuld an der Notlage des Staates sind.

Der radikalreaktionäre Charakter der Nationalsozialistischen Partei und ihre Knechtsrolle gegenüber der sozialen Reaktion hat sich damit trefflich enthüllt!

Die Arbeitsdienstpflicht der NSDAP.

Eine Brände für ehemalige Offiziere

Die NSDAP hat in München im Braunen Haus eine sogenannte Vorbereitungsstelle für den Arbeitsdienst nach ihrem Programm eingerichtet.

Unter anderem muß die Frage beantwortet werden, ob der Bewerber Fremdrassige unter den Grobkütern oder denen seiner Frau hat.

Weiter soll auch der militärische Werdegang und die Verwendung im Kriege angegeben werden, des Weiteren der politische Werdegang und vieles andere mehr.

Gruppe mit etwa 2500 Mann darstellen. Sehn bis sechzehn solcher Arbeitsgruppen sollen zu einer Injektion zusammengefaßt werden, deren Durchschnittstärke 20 000 Mann betragen soll.

Das Wesentlichste an der ganzen Geschichte aber ist, daß die Führer und auch die Unterführer in diesem Arbeitsdienst in der Hauptache ehemalige Offiziere (Berufsoffiziere) und gediente Soldaten sein müssen.

Aus diesen aussageweise, aber im allgemeinen wörtlich wiedergegebenen Bestimmungen ist klipp und klar ersichtlich, daß es sich hier um einen Arbeitsdienst handelt, der sich rein militärischem Muster.

Waffen-Schleicher

wollen die Wohnungszwangswirtschaft beseitigen

Die Regierung Faven-Schleicher will angeblich die moralischen Kräfte der Nation stärken. Diese Kräfte haben ihre Wurzel in der Familie und diese wieder in einem gesunden Heim.

Diese Pläne gaben dem Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) Veranlassung, sich mit einem Telegramm an den Reichspräsidenten zu wenden.

Arbeitsministeriums haben in den ersten 5 Monaten des Jahres über 60.000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen...

So arbeiten die "Reiniger"

Das Reichsarbeitsministerium ist zu sozial...

Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß im Reichsarbeitsministerium die Stellung des Direktors...

Deutsche Drei-Millionen-Anleihe für die Friedenshütte

Wie die polnische Presse meldet, hat die Friedenshütte von einem deutschen Bankenkonzern eine Anleihe in Höhe von drei Millionen Zloty erhalten...

Berlängerte Frist

Die Frist zur Einreichung von Vorschlagslisten für den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts Breslau ist von 15. Juni auf Sonnabend, den 25. Juni, 18 Uhr, verlängert worden.

Schwarzbrot

Heute abend wichtige Mitgliederversammlung im Kleinen Saale des Gemerkschaftshauses. Beginn 7 1/2 Uhr.

Stenographische Versammlung

Heute abend 7.30 Uhr, Zimmer 5, Gemerkschaftshaus.

Der Eindruck des deutschen Vorstoßes auf der Abrüstungskonferenz

Paris, 15. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Die Genfer Berichterstatter des "Petit Parisien", des "Matin" und des "Journal" sprechen in Bezug auf das am Dienstag von dem Botschafter Radowitz...

Der Berichterstatter des "Matin" meldet dazu: Gleich zu Beginn der Sitzung mußten sich die französische und die englische Delegation davon überzeugen, daß sich ein neuer Dreiländebund, bestehend aus Deutschland, Italien und Rußland, gegen sie gebildet habe.

Im "Petit Parisien" heißt es: "Obgleich das deutsche Mandat der bisher von den deutschen Delegierten eingenommenen Haltung entspricht und im Grunde genommen nichts Neues bringt, hat es vor allem durch seine Form Erbarmen hervorgezogen."

Abgesehen von dieser notwendigen Warnung muß auch die Erregung betont werden, die durch das deutsche Mandat in den englischen und amerikanischen Kreisen hervorgerufen worden ist...

Geht Straßer, Farbe bekennen!

Der Erlass der neuen Notverordnung wirft die Frage auf, ob der nach Artikel 35 der Reichsverfassung auch über die Auflösung des Reichstags hinaus bestehende Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung...

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Sie hatten einen Beschluß des Ausschusses verlangt, daß die Notverordnung der Reichsverfassung widerspricht.

Wenn also auch der Ueberwachungsausschuß nicht in der Lage ist, die Plenarversammlung des Reichstags zu vertreten und an ihrer Stelle die Notverordnungen aufzuheben, so erscheint es doch immerhin zulässig, daß der Ausschuß sich mit der Einberufung des Ueberwachungsausschusses...

Das ist deutsche Parteijustiz

Die Frankfurter Justizbehörden haben zwei Maßnahmen getroffen, die den allerhöchsten Protest herausfordern müssen. Der Untersuchungsrichter hat die beiden nationalsozialistischen Sprengstoffattentäter, die im vorigen Jahre im Romy-Palast...

Die Freilassung der Romy-Attentäter wird damit begründet, daß die Sprengladung, die aus einem mit Dynamit gefüllten Bleirohr und einer Eisenbandgarnitur bestand, von dem Architekten Hofmann...

Die Freilassung des Nazi-Romby Riefter, der mit 15 anderen Nazis vier Reichsbannerkammern aufzulockerte und dem Unterführer der Eisernen Front...

Frankreichs Außenhandelsbilanz

1 Milliarde Franken Defizit

Paris, 15. Juni (Eigener Drahtbericht). Die französische Außenhandelsbilanz des Monats Mai schließt mit einem Defizit von einer Milliarde Franken ab.

Die Wirkung der Wirtschaftsstreife in Frankreich

60 000 ausländische Arbeiter verlassen das Land Paris, 15. Juni (Eigener Drahtbericht). Der Ernst der Wirtschaftsstreife in Frankreich kommt nicht nur in der Zahl der Arbeitslosen und Arbeitsucher zum Ausdruck, sondern auch in der Zahl der wegen Beschäftigungslosigkeit in ihre Heimat zurückkehrenden Ausländer...



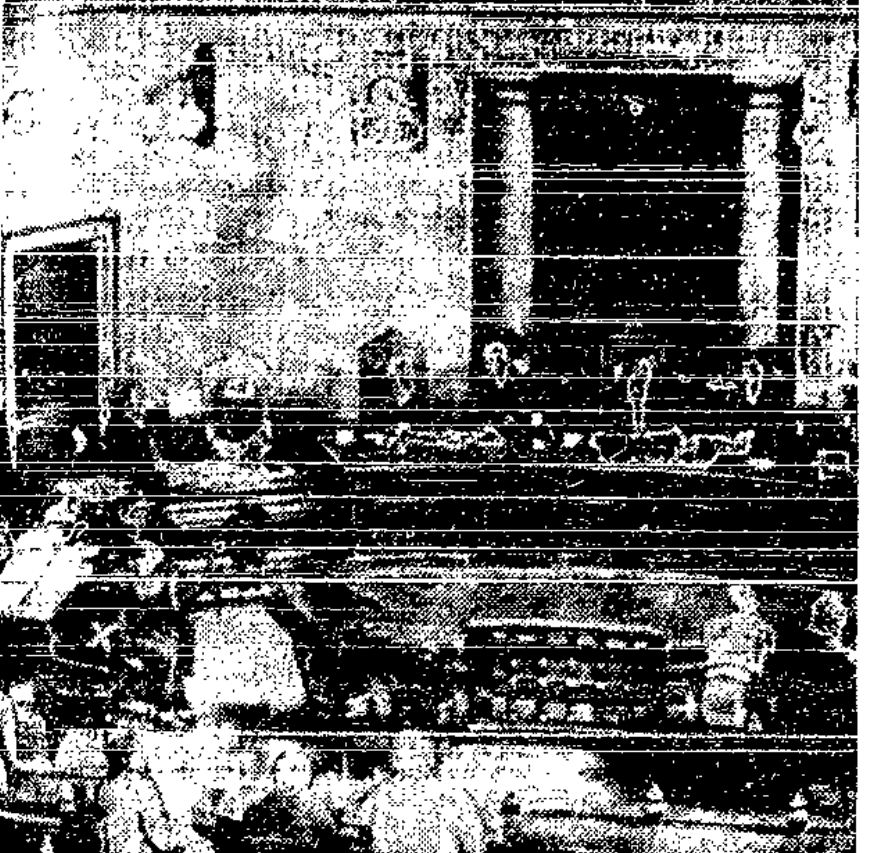
## Matuschka schwärmt für die Nazis Beginn des Wiener Eisenbahnattentat-Prozesses

Der für gestern vormittag 9 Uhr anberaumte Prozeß gegen Eisenbahnattentäter Schwester Matuschka begann mit einer Verzögerung. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen hatten sich vor dem Haupttor des Wiener Landgerichts Hunderte von Personen eingefunden, von denen aber nur ein kleiner Teil mit Karten eingelassen werden konnte.

Als Matuschka, begleitet von zwei Justizsoldaten, den Saal betritt, geht eine lebhafte Bewegung durch die Zuhörer. Auf dem Anklagebank breitet Matuschka vor sich eine Menge Papiere aus, aus denen er vermutlich die wiederholt angekündigte Rede halten will. Diese Rede hat er in verschiedenen Entwürfen abgefaßt und in verschiedenen Farben niedergeschrieben, so einen Entwurf an das ungarische Volk in den Farben rot, grün, blau und gelb, teils mit Tinte, teils mit Farbstift. Auf dem Gerichtstisch liegen Schienenstücke, Schraubstücke, Schraubschlüssel und andere Corpora delicti. Nach Erledigung der Formalitäten beginnt die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift. Bei der Verlesung benimmt sich Matuschka sehr nervös. Sein Körper ist in ständiger Bewegung. Er weint wiederholt, schneidet Grimassen und murmelt vor sich hin.

### Im Verhör

Der Vorsitzende den Angeklagten, wieso er nach Süderbrog gekommen sei. Matuschka erklärte, daß er auf einer Fahrt durch dieses Gebiet eine günstige Gelegenheit für ein Attentat erblickt habe. In Berlin habe er vor Gründung einer Sekte noch ein oder zwei Attentate verüben wollen. Er habe bei Süderbrog am Eisenbahnstamm die Sprengmaschine gelegt. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, ob er denn nicht gedacht habe, daß ein großes Unglück geschehen könne, antwortete Matuschka verwundert:



Blick in den Verhandlungssaal

Schwester Matuschka auf der Anklagebank links (X) im Großen Schwurgerichtssaal der Wiener Landgerichts.

„Mein. Gar nichts dachte ich, werde geschehen. Es war doch Sand dort.“

Er erklärte, daß er an der Attentatsstelle eine Nummer des Naziblattes „Angriff“ mit Randbemerkungen niedergelegt habe, weil er der Nationalsozialistischen Partei am nächsten stehe. Außerdem schwärmt er für Herrn v. Papen, dessen Rede im Reichsrat eigentlich von ihm (Matuschka) entworfen sein könnte.

Vorsitzender: Als das Unglück geschehen war, sind Sie davon gelaufen.

Matuschka: Ja, ich ging 50 Kilometer nach Berlin zu Fuß. Tags darauf kehrte ich nach Wien zurück.

Tann wurde das schrecklichste von Matuschkas Attentaten, der

### Anschlag bei Via Torbagn

besprochen. Auch in diesem Fall behauptete der Angeklagte, der Geist Leo habe ihm vieles eingegeben. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, daß durch ihn ein so schreckliches Unglück geschehen sei, schrie Matuschka plötzlich laut auf, stieß unartikuliert Schreie aus und wankte hin und her.

Vorsitzender: „Sie hatten die Absicht, noch weitere Attentate zu verüben?“

Matuschka: „Ja, in allen Ländern. So lange, bis man darauf gekommen wäre, daß ich es bin.“ Dann schreit er wild auf: „Ich werde in Zukunft aber noch mehr Attentate machen. Dreißig Jahre werde ich Strafe bekommen, siebenzig Jahre werde ich alt sein, wenn ich wieder herauskomme. Aber ich will noch alle die geplanten Attentate ausführen.“

Vorsitzender: „Wollen Sie wieder Eisenbahnanschläge unternehmen?“

Angeklagter: „Nein. Aber mit den Zeitungen werde ich Attentate machen, um den Atheismus zu sprengen.“

Vorsitzender: „Und jetzt sagen Sie endlich, was eigentlich der Beweggrund für Ihre schrecklichen Taten war.“

Matuschka: „Das möchte ich auch wissen. Jetzt sehe ich, daß es nicht das richtige Mittel war. Ich habe gerade das Schlimmste gemacht, was auf der ganzen Welt möglich ist. Jetzt weiß ich selbst nicht, warum ich das getan habe.“

Hierauf wurde Matuschka vom Staatsanwalt einem scharfen Kreuzverhör unterzogen. Am Schluß erklärte Matuschka wieder von der Heiligkeit der Zwiebel und von seinen Erfindungen. Danach war die Vernehmung des Angeklagten beendet.

### Wilde Strafen für die Templiner Prügelpädagogen

In dem Prozeß gegen die Prügelpädagogen von Waldhof, „Erziehungsinstitut“ der Inneren Mission, wurde am Spätmittag des Dienstag das Urteil gefällt.

Die Angeklagten Stein und Knoblauch wurden freigesprochen. Der Angeklagte Jaap erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 100 Mark, der Angeklagte Kühmann wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen 70 Mark und der Angeklagte Wenda wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle 60 Mark Geldstrafe! Der Angeklagte Töschler wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen und

wegen Sittlichkeitsvergehens in einem Fall zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Urteil des Landgerichts Breslau muß, schreibt hierzu der „Soz. Pressedienst“, als ein geradezu erbitterndes Fehlurteil bezeichnet werden. Wenn Angeklagte, die in derart empörender Weise wehrlose Zöglinge aufs schwerste mißhandelt haben, derart milde bestraft werden, so erscheine damit die anständige Erzieherchaft geradezu desanthoniert.

### Ein Attentat in der belgischen Kammer

Als der sozialistische Abgeordnete und Führer der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten, Utruerer, gestern nachmittag seinen Sitz in der belgischen Kammer einnehmen wollte, feuerte ein Mann von der Tribüne einen Revolver auf ihn ab. Ein Westentaschenrevolver zerplatzte, er aber blieb unnerleht. Der Täter wurde sofort festgenommen.

Es handelt sich um einen etwa 50-jährigen Erwerbslosen, der früher Paternenzjünger im Dienste der Stadt Brüssel war, aber beim Massenstreik wegen häßlicher aktivistischer Propaganda während der Kriegszeit entlassen

## In den Tod geiaagt

Die Untersuchungsmethoden der Polizei trieben Violet Sharp in den Tod  
Große Erregung der öffentlichen Meinung in USA.

Die Entführung und Ermordung des Lindbergh-Babys hat nun ein zweites Todesopfer gefordert. Wie bereits berichtet, hat die Hausgehilfin der Schwiegermutter Lindberghs, ein ganz junges englisches Mädchen namens Violet Sharp, am vergangenen Freitag Selbstmord begangen.

Das unglückliche Geschöpf ist aber nicht, wie die nicht-trächtige amerikanische Polizei anfangs glauben zu machen versuchte, aus Schuldbewußtsein in den Tod gegangen, sondern, wie sich nunmehr herausstellt aus Angst vor den barbarischen Untersuchungsmethoden der amerikanischen Polizei, aus Angst vor der feilischen und physischen Folter der erpresserischen Polizeiverhöre, aus panischem Schreck vor dem berüchtigten „dritten Grad“. Die amerikanische Polizei hat in der Lindbergh-Affäre wahrlich ihre Wessn vor aller Welt enthüllt, ihre Unfähigkeit, ihre Korruptheit, ihre Brutalität! Was an Lächerlichkeit fehlt, soll durch Rohheit und Grausamkeit wettgemacht werden, wie Agnes Swedley in ihrem Buch „Eine Frau allein“ schon so eindringlich schilderte.

wurde. Die einzigen Beziehungen, die Utruerer je zu dem Attentäter gehabt hat, bestanden in den beharrlichen Bemühungen des sozialistischen Abgeordneten, die Wiedereinstellung des Entlassenen in den städtischen Dienst zu erwirken. Offenbar haben lange Zeiten den Geisteszustand des Angreifers aus dem Gleichgewicht gebracht.

### Eisenbahnunglück in Spanien

In der Nähe von San Sebastian in Nord-Spanien verunglückte ein Zug, in dem sich zum größten Teil Pilger befanden, als er mit großer Geschwindigkeit eine Kurve durchfuhr. Der letzte Wagen war aus den Schienen geprüngt und wurde gegen einen Zementmaß gestößt. Vier Personen wurden getötet, 50 zum Teil schwer verletzt.

### Verschollener Flieger doch noch am Leben?

Aus Perth in Westaustralien kommt eine Meldung, die die Hoffnung aufkommen läßt, daß der seit dem 4. Juni verschollene deutsche Flieger Hans Vertam doch noch lebend aufgefunden werden wird. Eingeborene haben ungefähr hundert Meilen im Nordosten von Wyndham die Fußspuren zweier Weißer entdeckt und eine Geldtasche sowie ein Taschentuch mit dem Monogramm H. V. gefunden, außerdem ein Zigarettenetui, auf dem deutsche Worte eingraviert sind.

Da der Missionar, dem die Gegenstände übergeben wurden, nicht Deutsch versteht, hat er sie durch Schneidläufer nach Wyndham bringen lassen. Der australische Minister für nationale Verteidigung hat die Erlaubnis erteilt, mittels Flugzeugen Nachforschungen anzustellen.

Wie weiter ergänzend gemeldet wird, ist die Schuldlosigkeit des englischen Dienstmädchens erwiesen. Die Personen, die in der Nacht der Entführung mit dem Mädchen zusammen waren, konnten einwandfrei das Alibi des Mädchens nachweisen. Das Motiv zum Selbstmord des Dienstmädchens dürfte höchstwahrscheinlich darin zu suchen sein, daß es vor den grausamen Untersuchungsmethoden der Polizei Angst hatte. Diese Auffassung wird auch von Frau Morrow, der Schwiegermutter des Oceanfliegers, geteilt, die mit ihrem Unwillen nicht zurückhält und erklärt, das arme Mädchen sei in den Tod getrieben worden.

Die amerikanische Deffentlichkeit ist über die Untersuchungsmethoden der Polizei und über die immer mehr zutage tretende Unfähigkeit der Behörden, die Entführer auszuforschen, sehr aufgebracht. Es scheint, daß das unglückliche Dienstmädchen bei seinem ersten Verhör so gequält worden ist, daß es einen Ohnmachtsanfall erlitt. Im gleichen Augenblick hatte die Polizei dem Mädchen die Photographie des Chauffeurs Brinkert vor Augen gehalten. Aus dem Ohnmachtsanfall hat die Polizei geschlossen, daß das Mädchen schuldig sein müßte! Die Polizei bemüht augenscheinlich die sarte körperliche Verfassung des Mädchens, das überdies erst vor kurzem operiert worden ist, dazu, um ein Geständnis zu erpressen.

## Vor dem faschistischen Schreckensgericht

In dem großen politischen Prozeß gegen den Bombenattentäter Bonone, gegen seine Mithelfer und gegen andere wirkliche und angebliche antisfaschistische Verschwörer hat der Staatsanwalt des von Milizoffizieren gebildeten Sondergerichtes zum Schutze des faschistischen Staats am Mittwoch nachmittag nach knapp zweitägiger Verhandlung folgende Strafen beantragt: Den Tod durch Erschießen in den Rücken für den Kaufmann Bonone, je 30 Jahre Gefängnis für Bonones Geliebte, die aus Wien stammende österreichische Tänzerin Margarete Blaha, ebenso für Enza, der Bonones Bomben in Genuas Straßen niederlegte, ferner je 30 Jahre Gefängnis für die Teilnehmer der anderen Gruppe, nämlich den Anarchisten Belloni, den Handelsvertreter Desjani, den Beauftragten der antisfaschistischen Propaganda in Rom namens Melloni und den Bankbeamten Sandri, der Explosivmaterial transportierte. Der Kunstmaler Mazzochi und der Arzt Dr. Germani, der den Versuch unternommen hatte, Frau Mattootti die Ausreise aus Italien zu ermöglichen, sollen je 10 Jahre Gefängnis erhalten. Das Urteil dürfte erahnungsgemäß den Antrag des Staatsanwaltes bestätigen, so daß damit gerechnet werden muß, daß Bonone bereits heute früh erschossen wurde. Die faschistische Miliz pflegt solche Erschießungen als besondere kriegerische Tatkraften auszugestalten, in dem die Exekutionsabteilung Dolche stückend faschistische Kampfrufe ausstößt. Die zur Erschießung zugelassenen (!) Freiwilligen der faschistischen Miliz werden im Befehlsblatt der Faschistenpartei überdies rühmend genannt.

Bombenwerkstatt. Sie wurde aufgepörrt. Seine Mutter wollte, um den Sohn zu retten, das Sprengmaterial in der Schürze wegtragen. Dabei kam es zur Explosion. Die Mutter wurde sofort getötet, dem unglücklichen Bonone aber beide Arme weggerissen.

Dem faschistischen Rachebedürfnis war dieses entsetzliche Schicksal noch nicht genug; der furchtbar Verstümmelte wird nach langen Kerkerqualen nun noch vor das Ausnahmegericht gestellt; und nicht nur er selber, sondern noch weitere acht Personen, die Mussolinis Büttel aufs Geratewohl als seine Helfershelfer bezeichnet, obwohl sie mit seinem Vorhaben überhaupt nichts zu tun hatten.

Unter diesen acht „Helfershelfern“ befindet sich auch die 23-jährige Wienerin Grete Blaha, die nun für dreißig Jahre in den Kerker geschickt, d. h. lebendig begraben werden soll. Das junge Mädchen war 1929 als Mitglied einer Revuetruppe nach Italien gekommen. Sie lernte Bonone, den Besitzer einer elektrischen Mühle bei Genua, kennen. Im Frühjahr des vergangenen Jahres besuchte sie ihre Mutter und Schwester in Wien und teilte ihnen mit, daß sie Bonone heiraten werde. Ueber Paris fuhr sie mit ihm zurück und Bonone begleitete die Truppe der Tänzerin durch Italien.

Als es zu der furchtbaren Explosion im Hause Bonones kam, eilte das junge Mädchen begreiflicherweise in heller Aufregung zu dem Geliebten ins Spital, wo sie auf der Stelle verhaftet wurde. Ihre Schwester Heda mußte nach einigen Monaten freigelassen werden. Grete aber kam, obwohl sie unausgesprochen ihre völlige Schuldlosigkeit beteuerte, vor Mussolinis Blutgericht.

Wie kurz vor Redaktionsschluß durch Funkpruch gemeldet wird, schloß sich das Sondergericht dem Anträgen des Staatsanwaltes an. Das Todesurteil gegen den Kaufmann Bonone ist bereits heute in den frühen Morgenstunden vollstreckt worden.

Die Sähergen Mussolinis veranstalten von Zeit zu Zeit derartige große Seminationsprozesse, um sich mißliebiger Personen unter dem Deckmantel der Justiz zu entledigen.

Bonone, ein überzeugter Antifaschist, der das terroristische Regime mit terroristischen Mitteln zu bekämpfen entschlossen war, ist auf tragische und furchtbare Art den faschistischen Häkern in die Hände gefallen. In seine Hande befand sich eine geheime

## Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Notman



35.

An der anderen Seite saß, im Garten, die Christine, Diensthote der Familie Knackwurst. Anstatt die Bohnen abzujadeln, wie ihr aufgetragen war, las sie die Zeitung. Mit weit aufgerissenen Augen und offenem Mund las sie gerade den Bericht eines Banküberfalls mit Revolvern und Maschinengewehren... br!



36.

„Bums! Da fiel der Hut, in dem wir lachen, auf ihre Zeitung. „Hilfe! Hilfe!“ schrie die Christine, indem sie verzweifelt mit den Armen herumfuchtelte. Dann nahm sie, mit einem Gesicht voll Abzehr, den Hut auf und warf ihn eins, zwei, drei in den Saal, der hinter dem Garten lag.“

# Die Alten erinnern an ihre „Dienstpflicht“

## Reichstagsabgeordneter Genosse Heinig spricht über die politische Situation des Augenblicks Abrechnung mit den diversen „Wohlfahrtsempfängern“ — Der Meinungswechsel zwischen Ministerialdirektor und Finanzminister — Erklärung an den Reichspräsidenten

Die gestrigen Verhandlungen des Verbandstages des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands stand unter dem Eindruck der Notverordnung der Regierung Papen, die ungeheure Empörung bei allen Delegierten auslöste. Der als Redner amtierende sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Heinig-Berlin, der als Mitglied des Haushaltsausschusses des Reichstages bester Kenner der finanzpolitischen Fragen ist, nahm in seinem Vortrage eingehend Bezug auf die ungeheuerlichen Maßnahmen, die man unter dem Deckmantel „Folge der Uderwirtschaft Brünings“ loslassen zu können glaubt. Der Verbandstag brachte seine Auffassung durch den Mund seines Vorsitzenden, Genossen Karsten, eindeutig zum Ausdruck, der ein vom Verbandsvorstand an den Reichspräsidenten gerichtetes Telegramm zur Verlesung brachte, von dessen Absendung der Verband zwar keine Erleichterung für die Arbeitsopfer erwartet, der Regierung Papen damit aber ganz eindeutig den offenen Kampf ansetzt.

### Genosse Heinig ging gleich zu Beginn seines Referats auf die Leistungen der neuen Reichsregierung

ein, die sich bisher zunächst auf den Erlaß von Aufrufen an das Volk erstreckt haben. Im ersten dieser Aufrufe wurde viel von „sozialer Krise“ geredet. Der zweite betonte, daß alles „organisch“ gemacht werden müsse und in dem neuesten wird alles wieder als „schicksalhaft“ bezeichnet. Unter allen diesen Formeln verbirgt sich aber lediglich der Wille, reaktionär zu sein. Es ist nicht viel gesagt, wenn der erste Aufruf überdies als eine persönliche Beleidigung großer Massen unserer Volksgenossen angesehen wird, besonders mit den Bemerkungen über den „Wohlfahrtsstaat“ und den „Staatssozialismus“.

Das Ziel der Herren, die vom Staatssozialismus reden, ist lediglich darauf gerichtet, den Besitz zu schützen, vor den Lützen zugunsten der Armen. Der soziale Sinn der Verfassung von Weimar soll endgültig erschlagen werden.

Was das Volk in den letzten dreizehn Jahren erleidet, war wahrlich alles andere, als Staatssozialismus. Auch die Tätigkeit des Herrn Brüning hatte mit Staatssozialismus sehr wenig zu tun, denn er hatte während der Bankenkrise des vorigen Sommers den größten Teil der Banken und Industrieunternehmen nur auf der Schuldenleihe legitimiert und gerade der Druck der Sozialdemokratie ging dahin, ihn auch zum zweiten Schritt zu bewegen nach der Beschlusse hin.

Diese Sanierung, die 1,5 Milliarden Mark und davon fast 700 Millionen Mark in bar erforderte, war eine Wohlfahrtsleistung der Gesamtheit an Rentner, die nie eine Beitragsleistung zu einer Wohlfahrtsversicherung geleistet haben.

### Wenn man sich die Verwendung der Mittel

näher betrachtet, kann man auch von einer sehr großzügigen Wohlfahrtsaktion sprechen, die man ohne Übertreibung aber auch als eine beispiellose Verschwendung von Reichsgeldern bezeichnen kann. Wenn man sich mit den man, Ausgaben bei dieser Aktion etwas näher beschäftigen muß, erfährt man,

daß nicht nur den in Not geratenen Sandwirlen unter die Arme gegriffen worden ist, sondern daß gar mancher Großgrundbesitzer die Wittgen für seine Kinder oder die Erbsenerbsen einfach als Schulden deklarierter, die auf dem Besitztum laßen.

Da wurde eine Wohlfahrt betrieben, die ganz im Papen'schen Sinne lag und die nun von uns in das Scheinwerferlicht der breiten Öffentlichkeit gestellt werden wird.

Was nach der neuesten Notverordnung vor sich gehen soll, hat trotz aller Aufrufe und Proklamationen nicht das geringste mit Christentum zu tun.

Sehr deutlich ging der Redner auch auf das Geschrei von den hohen sozialen Leistungen ein. Wenn man die Leistungen für die deutsche Sozialversicherung einmal gegenüberstellen wollte, würde sich nur ergeben, daß

Deutschlands ärmster Sohn auch der größte Bezahler gewesen ist, denn man hat bisher keinen Unternehmer gefunden, der die sozialen Abgaben nicht in die Preise einkalkuliert hätte.

Wenn jetzt die kapitalistische Wirtschaft so tut, als wäre sie lediglich durch die Sozialversicherung erschlagen worden, so ist das eitel Spiegelscherelei. Gerade die kapitalistische Wirtschaftsführung, die von der Arbeiterschaft immer bekämpft wurde, ist die Hauptursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der die Wirtschaft nun noch verschärft und beschleunigt hat.

Die Finanztransaktionen der Schlotbarone und Junker werden heute allerdings auf so verzwickte Wege abgewickelt, daß sie der einfache pappene Untertanenstand nicht begreift. Wie wenig die Aktionäre Hunger leiden brauchen, auch wenn ihre Unternehmen norgeben, keine Dividenden bezahlen zu können, beweist am eindrucklichsten die Tatsache, daß die Kapitalertragssteuer bis in das letzte Jahr steigende Ertragnisse erbrachte.

Die Demagogie der neuen Regierung kennzeichnet Genosse Heinig an einem Beispiel, das einzig dasteht.

Die neue Reichsregierung, deren Finanzminister der Graf Schwerin von Krosigk ist, beruft sich heute darauf, daß die Notverordnung auf die Bilanz zurückzuführen sei, die die bisherige Reichsregierung hinterlassen habe. Derselbe Graf Krosigk aber, der diesen Aufruf der Regierung mitunterzeichnet hat, war unter dem Kabinett Brüning Ministerialdirektor und hat am 14. Tagen, am 1. Juni, in einem Schreiben an Mitglieder des Haushaltsausschusses des Reichstages genau das Gegenteil behauptet, indem er

... Die Schuldenlast des Reiches war demgemäß am Ende des Rechnungsjahres nicht höher, als an seinem Beginn“

Diese wechselnde Meinung zwischen dem Ministerialdirektor Krosigk und dem Finanzminister Krosigk im Laufe von zwei Wochen kennzeichnet mehr als alles andere den Charakter der Papenregierung.

Im weiteren Verlaufe seines Referats beschäftigte sich Genosse Heinig mit der angeblich so national-begeisterten heranwachsenden Generation. Die heute zu Staatsbürgern herangewachsenen Jahrgänge der letzten Vorkriegszeit kennen leider aus eigener Anschauung

die Arbeitsdienstpflicht nicht, die die heutigen Alten kennengelernt haben.

Es gab schon einmal eine Zeit, in der die Zwanzigjährigen anders von dem so verlästerten System behandelt wurden als heute.

Da gab es einen roten Befehlshaber, einen dreijährigen Arbeitsdienst und für 22 Pfennige Löhnung wurde den Alten drei Jahre lang beigebracht, daß sie nicht das geringste zu sagen und persönlich absolut nichts zu bedeuten hätten. Wer während dieses dreijährigen ausgeprägten Schweigens denken lernte, der war später allerdings Sozialdemokrat. (Stürmischer Beifall.)

Wie lernten heute die jungen Menschen den Staat und den Unternehmer kennen? Der Staat tritt dem aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Volksgenossen in der Person des Beamten des Arbeitsamtes gegenüber, der nicht genügend Arbeitslosenunterstützung bezahlt und den Unternehmer lernen die Massen der jugendlichen Arbeitslosen nicht mehr im Betriebe, sondern nur noch als den wohlhabenden „Pa.“ kennen, der für die U. etwas springen läßt.

Die Alten haben den Staat und das Unternehmertum von anderen Seiten kennengelernt und wissen deshalb, daß sehr wohl manches anders geworden ist, aber es muß auch den jungen Menschen klargemacht werden, daß es nicht Schuld des angeblichen Staatssozialismus ist, wenn die junge Generation heute außerhalb des Produktionsprozesses stehen muß. Da müssen sie sich schon an die kapitalistische Wirtschaftsführung wenden, die mit dem sozialen Sinn der Weimarer Verfassung nicht das geringste zu tun hat.

Wenn der größte Teil des Mittelstandes heute ebenfalls begeistert ist von der Karole gegen den Wohlfahrtsstaat, weiß der kleine Meister darin nur die Ueberrumpelung von Invaliden, Krankenleiden und Bezahlen von Krankenkassenbeiträgen zu sehen, so wird ihnen sicher die neue Notverordnung bald klarmachen, daß sie mit ihrer Bittelerhebung selber den Uff abfügen helfen, auf dem sie sitzen.

Wird den Opfern des Krieges, der Arbeit und der Wirtschaftskrise sowie den Arbeitenden auch die jetzt schon geringfügige Entlohnungsgrundlage durch Steuern und Renten und Unterstützungs Kürzungen um weit über eine Milliarde Mark beschritten, dann wird eben der mit Hitler gegen den Wohlfahrtsstaat schreiende kleingewerbliche Mittelstand zu der zweiten Schicht gehören, der schon zwei Wochen nach dem großen Raubzug auf die Taschen der Vermögenden die Auswirkungen verspüren wird. Dann wird eben mancher seine Miete nicht mehr bezahlen können und manches bisher noch gekaufte Brot wird ungenutzt gelassen bleiben.

Vielleicht wird aber im Laufe solcher Entwicklung mancher, der sein Lebensfenster für den Horizont der Weite geöffnet hat, die Lädenfenster in Trümmer gehen sehen.

Genosse Heinig schloß seinen von kürmischen endenwollenden Beifall ausgenommenen Vortrag mit der Feststellung, daß sich die Massen des Volkes einzig dem Augenblick, da sie begreifen, worauf es ankommt.

Im Anschluß an die Rede verlas der Verbandsvorsitzende Genosse Karsten das vom Verbandsvorstand an den Reichspräsidenten abgeschickte Telegramm, das bereits gestern in der „Volkswacht“ veröffentlicht wurde. Er wies darauf hin, daß der Reichspräsident durch Ernennung dieser Regierung eine schwere Schuld auf sich geladen habe. (Lebhaftes Beifall.) Wenn der Verband auch nicht annahme, daß dieses Telegramm etwa Herrn von Hindenburg oder Herrn Papen zur Aenderung der Notverordnung veranlassen würde, so soll es dem Reichspräsidenten wenigstens kund tun,

daß der Zentralverband der Arbeitsinvaliden den Reichstagsabgeordneten und seine Regierung zu seinem offenen Feinde erklärt. (Beifall.)

Auch der Vertreter des Breslauer Wohlfahrtsamtes Dr. Ried, hielt noch eine kurze Ansprache und brachte zum Ausdruck, daß ihm die Tagung viele Anregungen vermittelt, die er bei der Fürsorgearbeit in der Stadt Breslau verwerten werde gerade jetzt, angesichts der neuen Notverordnung. Der Mittwochnachmittag blieb verhandlungsfrei.

## Der Wahlkampf beginnt

# Gewerkschaften beziehen Frontstellung

## Reichstagsabgeordneter Genosse Buchwitz spricht zu den Breslauer Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern

Das Firmenschild der neuen Reichsregierung ist so klar und eindeutig, daß es keines langen Abwartens bedarf, um sie — wie sie es selbst wünschte — nach ihren Taten beurteilen zu können. Wunschgemäß haben sich auch die Gewerkschaften zur Beurteilung bereit gemacht und im großen Schicksal der Jahre marschieren gestern abend bereits die Breslauer Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in einer gutbesuchten Versammlung auf, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Buchwitz-Görlitz als Redner erschienen war und unter stürmischem Beifall das einzig mögliche Urteil über die Papen-Regierung fällte.

In längeren Ausführungen ging er auf die Vorgeschichte der letzten Regierungsabstimmung ein, kennzeichnete die Verzweiflungssituation, die den Radikalismus, von rechts Auftrieb gab und der nun ein Erwachen folgen wird, wie sich es die diversen Herrschaften nicht träumen lassen werden. Die vor 120 Jahren während einer Verzweiflungssituation der Frühkapitalismus an die Tore des Feudalismus klopfte, weil er nicht mehr fähig war, die Menschenheitsbedürfnisse zu befriedigen, so klopfte heute der Sozialismus an die Pforten des Kapitalismus und wird ihn abstoßen, da auch er die Menschen nicht mehr satt machen kann, obwohl Produkte und Produktionsstätten vorhanden sind.

Genosse Buchwitz sprach weiter über die Tolerierungspolitik, deren Nichtigkeit sich gerade in den allerletzten Tagen bewiesen hat. Die Tatsache, daß allein an den arbeitslosen Volksgenossen trotz ihrer geringfügigen, kaum zulänglichen Unterstützungen noch 300 Millionen Mark gewährt werden sollen, beweist nur zu klar,

daß es ein Unsin ist, zu behaupten, die Arbeiterschaft hätte sowieso nichts mehr zu verlieren.

Auch das Tarifrecht und das Schlichtungswesen, wie überhaupt die ganze arbeitsrechtliche Gesetzgebung, die zwar manchmal auch aus kleinen Kreisen der Arbeitnehmer als wertlos und überflüssig bezeichnet wurde, steht nun auf dem Spiele und es bedarf keiner großen Weisheit,

daß der gegenwärtige Unterstützungsabbau die Vorstufe zu einem neuen in Vorbereitung befindlichen Lohnabbau der noch in Arbeit stehenden Volksgenossen zu betrachten ist. Das Geschrei der Verzweifelten, es müße endlich einmal anders werden, hat sich nun erfüllt. Es ist anders geworden. Die Gräber haben sich aufgetan und der Geist von Potsdam marschiert in Gestalt der Reaktionen, die sich auf die Regierungskreise der Republik setzen konnten.

Anschließend ging Genosse Buchwitz auf die Einzelheiten der Notverordnung der Papen-Schleicher ein, die fast eine neue, mit der Aufhebung des im Jahre 1913 abgeschlossenen Abkommens zwischen dem Reich und den Bundesstaaten

Wenn man bedenkt, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Regierung Brüning in Einvernehmen mit den Gewerkschaften durchzuführen wollte, nun im Urgen verdrängt ist, dann wird es nicht verwundern, daß Herr v. Papen mit seinen Händen aus Laßalle parallelfahren

werde und weil es wahrscheinlich ist, daß das Ausland der Arierung die kurzfristigen Anleihen kündigen dürfte, dann kann man sicher sein.

Daß am Ende des Kabinetts Papen eine neu erfasste Sozialdemokratie stehen wird, die durch die letzten Erfahrungen klug geworden, auch mit den Saboteuren in der Verwaltung anders auszuräumen wissen wird, als das in der Vergangenheit geschah. (Beifall.)

In den deutschen Aktiengesellschaften sind 25 000 Direktoren und Generaldirektoren tätig, die jährlich 2 Milliarden Mark verdienen. Die in den deutschen Aktiengesellschaften tätigen 4 Millionen Arbeiter verdienen 8 Milliarden Mark. Das ist das System, das beseitigt werden muß.

Wenn im Landtage jetzt eine Amnestie für die politischen Verbrechen vorbereitet wird, so soll das ein Freibrief für den Terror im Wahlkampf werden. Wenn es dazu kommen sollte, dann wird die Arbeiterschaft diesen Freibrief auch für sich auszunutzen wissen.

Zum Schluß ging Genosse Buchwitz noch auf die Frage der Einheitsfront ein. So, wie es die Kommunisten wolkten, geht es nicht, aber es wäre denkbar, überein zu kommen, daß bis zum Wahltag jede gegenseitige Verschärfung unter den Arbeiterparteien in ihren Forderungen und jede Zerstückelungsarbeit in den verschiedenen Organisationen unterbleiben könnte.

Stürmischer Beifall dankte dem Redner, der seinen Vortrag mit einem Appell schloß, sich Mann für Mann bei diesem Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse zu beteiligen.

Da die Versammlung eine Aussprache über das instruktive Referat ablehnte, schloß Kollege Kawroth die Versammlung mit einem Hoch auf die Einheitsfront und den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter als einem ihrer starken Glieder.

## Arbeitnehmer haben nichts zu sagen

So will es von Oidenburg-Januschau

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates forderte Kammerherr von Oidenburg-Januschau eine Notverordnung folgenden Inhalts: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Arbeitskraft zu verwerten, wie und wo er will.“ Der Junker behauptete daß die „Sozialtratie“ zum Schaden der Gesamtwirtschaft noch vorhandene Arbeitsmöglichkeiten lediglich aus tariflichen Gründen verhindere. Den hohen Krankenkassenbeiträgen länden völlig unzulängliche Leistungen der Kassen gegenüber. Die Landwirtschaft sei nicht mehr in der Lage, die tariflichen Löhne zu zahlen.

Das ist das neue „Sozialprogramm“ der Regierung Papen-Schleicher, der Arbeitgeber macht mit dem Arbeitnehmer was er will. Nichts anderes erstrebt die von Oidenburg-Januschau geforderte Notverordnung, die praktisch eine Unterbindung jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit bedeutet.